

Erneuter Hilferuf aus dem Chocó

Die afrokolumbianischen Gemeinschaften am unteren Atratofluss und ihr Lebensraum sind durch den illegalen Ölpalmenanbau und Militäroperationen bedroht

Zusammenfassung und Übersetzung der Arbeitsgruppe Schweiz – Kolumbien, Mai 2005

Auf den kollektiven Territorien der afrokolumbianischen Gemeinschaftsräte der Flüsse Jiguamiandó und Curvaradó breitet sich seit einigen Jahren der illegale Anbau von Ölpalmen aus. Über etwa 4000 Hektaren erstrecken sich diese illegalen Plantagen und haben dabei Siedlungen, Äcker und Urwald innerhalb der kollektiven Landtitel der Afrokolumbianer zerstört. Die Armee und paramilitärische Gruppen sichern dieses gegen den Willen der rechtmässigen Grundbesitzer durchgesetzte wirtschaftliche Megaprojekt ab und bedrohen und vertreiben die ursprüngliche Bevölkerung.

Einleitung

Seit einigen Jahren steht das Departement Chocó im Zentrum des bewaffneten Konfliktes. Vielfältige strategische und wirtschaftliche Interessen verschärfen den Kampf um die territoriale Kontrolle, der von allen bewaffneten Akteuren auf dem Buckel der vorwiegend indigenen und afrokolumbianischen Bevölkerung ausgetragen wird. Einerseits ist der Chocó auf Grund seiner geographischen Lage in unmittelbarer Nachbarschaft zu Panamá ein strategischer Korridor für den Schmuggel von Waffen, Drogen etc., andererseits sind verschiedenste wirtschaftliche Megaprojekte in Ausführung oder in Planung. Es geht um die Ausbeutung von Rohstoffen (Erdöl, Metalle, illegaler Holzschlag) sowie um den Bau von Strassen und Geleiseanlagen – den sog. Canal seco – zwischen dem Golf von Urabá und der Pazifikküste als Ersatz des Panamakanals. Verheerende Auswirkungen hat auch die rücksichtslose Ausdehnung von Coca- und insbesondere Ölpalmenpflanzungen sowie der Viehzucht. Diese in keiner Weise nachhaltigen und auf die lokale Bevölkerung abgestimmten Megaprojekte werden von den indigenen und schwarzen Gemeinschaften denn auch überwiegend abgelehnt. Die lokale Bevölkerung wird von den dominanten weissen Wirtschaftsinteressen als Entwicklungshindernis angesehen und unter dem Vorwand der Aufstandsbekämpfung bekämpft, gefügig gemacht oder vertrieben. Die Paramilitärs haben verschiedene Gebiete und Flussläufe in der Region des Unteren Atrato unter ihre Kontrolle gebracht und werden von den staatlichen Sicherheitskräften kaum belästigt – vielmehr besteht eine enge Zusammenarbeit.

Ein Grossteil der Bevölkerung ist vertrieben worden, andere leben zurückgezogen an den Oberläufen der Flüsse und sind einer teilweise vollständigen Blockade der Paramilitärs ausgesetzt, was sich in gravierenden Versorgungsengpässen mit Nahrungsmitteln, Treibstoffen und Medikamenten ausdrückt. Im Versuch, mitten im Krieg in ihrem angestammten Gebiet zu überleben oder dorthin zurückzukehren, haben sich die Gemeinschaftsräte (Consejos Comunitarios) der Afrokolumbianer z.T. in humanitären Zonen oder Friedensgemeinden organisiert, in denen sie jegliche Präsenz bewaffneter Akteure (Armee, Paramilitärs und Guerilla) verbieten. Solche Friedensgemeinden gibt es z.B. am Cacarica – Fluss und am Jiguamiandó. Sie werden von nationalen (z.B. Justicia y Paz) und internationalen NGOs (z.B. Peace Brigades International) begleitet und z.T. von der Kirche (Diözese Quibdó) unterstützt. Die breite internationale Anerkennung spiegelt sich auch in Besuchen europäischer Botschafter wieder. Die Interamerikanische Menschenrechtskommission der Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) hat mehrfach provisorische Schutzmassnahmen für diese Gemeinschaften angeordnet, ohne dass der kolumbianische Staat diesen Verpflichtungen nachgekommen wäre. Die Gemeinschaften

stehen in Kontakt mit zivilen staatlichen Stellen (Staatsanwaltschaft, Vizepräsidium, Ombudsstelle für Menschenrechte etc.) und ersuchen diese um Schutz und dauernde Präsenz in den humanitären Zonen, aber diese Stellen kommen ihrem Schutzauftrag nur ungenügend nach.

Eine Forderung wurde jedoch im Spätherbst 2004 erfüllt. Das kolumbianische Institut für ländliche Entwicklung INCODER (früher INCORA) hatte vom 25. Oktober bis 1. November 2004 eine Überprüfungsmission an die Flussläufe des Jiguamiandó und des Curvaradó geschickt, um den Zustand der Palmenplantagen zu verifizieren. Der Bericht datiert vom 14. März 2005 und wurde der NGO Justicia y Paz am 28. März 2005 in Bogotá überreicht. Die afrokolumbianischen Gemeinschaften hatten diese Mission verlangt, da sie der Ansicht sind, dass sie nicht in ihr angestammtes Territorium zurückkehren können, solange der agroindustrielle Palmenanbau weitergeht und die Sicherheitskräfte nicht transparent agieren, sondern weiterhin zusammen mit den Paramilitärs gegen die Zivilbevölkerung vorgehen. Dieser Bericht ist von grosser Wichtigkeit, da er von einer staatlichen Stelle stammt und die Missstände und Menschenrechtsverletzungen klar benennt. Zudem stellt er auch für das INCODER ein Umdenken dar, da es sich erstmals gegen die gewaltsame Ausdehnung der Palmenplantagen ausspricht. Deshalb fassen wir hier den Bericht dieser Untersuchungskommission zusammen.

Das staatliche Institut für ländliche Entwicklung stellt gravierende Rechtsverletzungen fest

Am 22. November 2000 überreichte das damalige INCORA die beiden kollektiven Territorien gestützt auf das Gesetz Nr. 70 von 1993 den afrokolumbianischen Gemeinschaften. Der Gemeinschaftsrat des Río Curvaradó erhielt einen Landtitel über gut 46'000 Hektaren zugeteilt, der Gemeinschaftsrat vom Río Jiguamiandó 54'000 Hektaren. Gemäss den Beobachtungen der Verifizierungsmission existierten Anfangs November 2004 in der Region insgesamt 4'138 Ha Palmpflanzungen, davon 3'834 Ha auf den Gemeinschaftsterritorien (198 Ha im Jiguamiandó, 3'636 Ha im Curvaradó). Diese Plantagen gehören vier Privatfirmen: Urapalma (2723 Ha), Promotora palmera del Curvaradó PALMADÓ (80 Ha), Palmas del Curvaradó (398 Ha) sowie Palmas S.A. (633 Ha). 93% dieser Palmenplantagen befinden sich demnach auf den kollektiven Territorien der beiden afrokolumbianischen Gemeinschaftsräte des Curvaradó und des Jiguamiandó, der Rest auf privaten Grundstücken, die vom INCORA vor Inkrafttreten des Gesetzes Nr. 70 von 1993 an Privatpersonen vergeben worden waren.

Ein grosser Teil dieser Plantagen befindet sich schon in voller Produktion. Mehrere Plantagen bestehen seit zwischen einem und vier Jahren. Grosse Landstücke wurden zudem zum Zeitpunkt des Besuchs der Verifizierungsmission für den Anbau vorbereitet. So wurde z.B. auf dem Gebiet der Gemeinschaft Cetino eine hochtechnisierte Baumschule vorgefunden, wo neue Setzlinge gezüchtet werden. Zudem haben diese vier Unternehmen eine umfangreiche Infrastruktur erstellt, um die Plantagen zu bewirtschaften: Strassen, Brücken, Drainagekanäle, Transportkabel etc. Auf 810 Ha im Gebiet des Gemeinschaftsrates des Curvaradó wird von einer Privatfirma auch Viehzucht betrieben.

Die erwähnten Firmen legten der Verifizierungsmission Kaufverträge vor, die nach Ansicht des INCODER aber in der Mehrzahl der Fälle keine juristische Gültigkeit haben, da nur Angehörige der ethnischen Gruppe der Afrokolumbianer ein Recht auf Besitztitelvergabe oder Nutzungsrechte geltend machen können. Zudem können Grundstücke innerhalb der kollektiven Besitztitel nur unter ganz bestimmten Voraussetzungen weiter verkauft oder vergeben werden, z.B. wenn die betroffene Familie aufgelöst wird; auch kann nur an andere Afrokolumbianer verkauft werden. Die Firmen versuchen offenbar mit diesen Kaufverträgen der unrechtmässigen Besitznahme von Gemeinschaftsland einen Anstrich von Legalität zu verpassen. Sie schliessen die Verträge mit Personen ab, die angeben, vor der kollektiven

Titulierung schon dort gelebt zu haben. Andere Vertragspartner sind einzelne Mitglieder der beiden Schwarzengemeinschaften. Auf diese Weise haben die Privatunternehmen 203 Kaufverträge über eine Gesamtfläche von 14'800 Hektaren in den Kollektivterritorien abschliessen und 142 private Grundstücke mit insgesamt 13'592 Ha ausserhalb der Kollektivterritorien aufkaufen können. Auch diese privaten, ursprünglich vom INCORA als Landreformmassnahme zugeteilten Grundstücke dürften nicht an private Unternehmen verkauft werden, sondern nur wieder an Kleinbauern. So wurde gemäss dem INCODER eine regelrechte Gegenagrarreform betrieben. Die Personen, die ihr Grundstück verkauft haben, können sich durch die Agrarreformbehörde keine neuen Grundstücke mehr zuteilen lassen, da sie die zugeteilten Grundstücke erst nach 15 Jahren hätten veräussern dürfen. Erwähnenswert ist zudem, dass alleine die Privatfirma ASIBICON 41 private Besitztitel über eine Fläche von 9'008 Ha aufgekauft hatte.

Die Verifizierungsmission stellte zudem fest, dass eine beträchtliche Ausdehnung der Palmplantagen und der Viehzucht auf insgesamt 21'142 Ha geplant ist, und zwar sowohl auf Gemeinschaftsland wie auch auf Privatgrund. Wenn also seitens des Staates nichts unternommen wird, um diese Ausdehnung zu stoppen, wird es zu weiteren Vertreibungen und Rodungen kommen.

Diese Verbreitung des Palmanbaus und der Viehzucht hat auf die Gemeinschaften extrem negative Auswirkungen, einerseits durch den Bau der Infrastruktur, die Entwässerung, die Umleitung von Quellen sowie durch die Abholzung. Zudem haben Palmplantagen den grössten Teil der verstreuten Siedlungen und traditionellen Wohnstätten verdrängt. Andernorts sind die Häuser verlassen und viele Gebäude zerstört, und an einigen Orten wurde Auswärtige angesiedelt. Die Menschen, die vom kollektiven Landtitel des Río Curvaradó profitierten, wurden durch Gewalttaten und die Ausdehnung der Palmplantagen von ihren traditionellen Territorien vertrieben oder haben sich in die Humanitären Zonen und die Friedengemeinden des benachbarten Río Jiguamiandó zurückgezogen. Auf jeden Fall haben sie ihre ganze Infrastruktur wirtschaftlicher, sozialer, kultureller und religiöser Art verloren.

Aber auch die Situation am Jiguamiandó ist gravierend, obwohl dort zum Zeitpunkt der Visite erst 198 Ha mit Palme bepflanzt waren. Die Firma Palmas del Curvaradó hat sich jedoch schon 4'752 Ha Land durch unrechtmässige Kaufverträge unter den Nagel gerissen und war zum Zeitpunkt der Verifizierungsmission daran, grosse Landstücke für das Anpflanzen der Palme vorzubereiten. Alle Bewohner dieses Gemeinschaftsrates sehen sich zudem von Vertreibung oder Einschliessung (confinamiento) bedroht. Ihre Menschenrechte, auch die wirtschaftlichen und kulturellen, werden integral verletzt, indem Blockaden ihre Treibstoff- und Lebensmittelversorgung einschränken. Zudem haben die Gemeinschaften des Jiguamiandó wegen der Plantagen ihren traditionellen Weg zum Curvaradó verloren, und die neue Strasse der Plantagenbesitzer dürfen sie nicht benutzen. Auf dem ursprünglichen Weg brauchten sie drei Stunden, der Umweg über die Flüsse kostet sie bis zu zwei Tagesreisen, was Kommunikation und Handel enorm erschwert. Infolge der gewaltsamen Vertreibungen sind auch viele Siedlungen am Río Jiguamiandó unbewohnt und teilweise zerstört. Die Überprüfungsmission konnte auch feststellen, dass ein Teil der Bevölkerung der beiden Flussläufe in drei provisorischen Gemeinschaftsunterkünften am Oberlauf des Jiguamiandó-Flusses lebt. Diese drei humanitären Zonen und Friedensgemeinschaften Nueva Esperanza, Pueblo Nuevo und Nuevo Remacho erhielten von der Interamerikanischen Menschenrechtskommission der OAS Schutzmassnahmen zugesprochen. Die Leute in diesen drei Siedlungen leben in prekären Behausungen und verfügen über keinerlei sanitäre Einrichtungen oder Bildungs- und Gesundheitsinfrastruktur.

Weitgehende Empfehlungen des INCODER

Die Verifizierungsmission des INCODER gab auch verschiedene Empfehlungen ab. Diese Empfehlungen haben eine beträchtliche Bedeutung, weil sie von einer staatlichen Stelle stammen und sich klar gegen die bisher vom Staat teils tolerierte, teils aktiv geförderte Politik stellen. Andererseits werden sie von den afrokolumbianischen Gemeinschaften und verschiedenen Begleitorganisationen kritisiert. So schlägt das INCODER u.a. vor, mit dem Einverständnis der Gemeinschaften einen integralen Rückkehrplan zu erarbeiten und umzusetzen. Dadurch sollen die zerstörten oder verlassenen Siedlungen wo möglich wieder aufgebaut und saniert werden. Wenn die Siedlungen Palmplantagen gewichen sind, sollen die früheren Bewohner an neuen Orten angesiedelt werden. Sowohl in den wieder aufgebauten als auch in den neuen Siedlungen soll auch eine umfassende Infrastruktur mitsamt Sportanlagen und zeremoniellen Einrichtungen entstehen. Zudem sollen sofort produktive Projekte in Angriff genommen werden, um den Gemeinschaften die Nahrungssicherheit zu garantieren. Später sollen weitere nachhaltige Projekte im Bereich Fischerei, Holzschlag, Viehzucht, Handwerk und Ökotourismus erarbeitet werden, die auch vermarktbare Überschüsse ergeben. Diese Projekte könnten je nach Wunsch der Gemeinschaften autonom oder in Zusammenarbeit mit dem Privatsektor durchgeführt werden. Zudem sollten die Gemeinschaften durch die Ombudsstelle für Menschenrechte und die Vizepräsidentschaft mit psychosozialen Programmen begleitet und unterstützt und ihre internen Organisationsprozesse gestärkt werden.

Die zuständigen Stellen – Landwirtschafts-, Innen- und Justiz- sowie Umweltministerium – sollten den sofortigen Stopp jeglicher neuer Palmplantagen und Viehzuchtprojekte in den kollektiven Territorien verfügen, zumindest bis im gegenseitigen Einverständnis und ohne Zwang ein Abkommen mit den afrokolumbianischen Gemeinschaften erreicht worden ist. Die staatlichen Finanzierungsgesellschaften sollten deshalb auch keine weiteren Förderkredite für Palmanbau in den betroffenen Gebieten mehr sprechen. Zudem fordert der Bericht der Verifizierungsmission, dass der Kauf von Land innerhalb der kollektiven Territorien sofort gestoppt und die schon gekauften Grundstücke an die rechtmässigen Eigentümer zurück gegeben werden sollen. Sollten diese Grundstücke nicht freiwillig zurückgegeben werden, sollen die Gemeinschaften mit Unterstützung des INCODER, der Ombudsstelle und der *Procuraduría* die notwendigen juristischen Schritte unternehmen, um die Rückgabe der Ländereien und eine rechtmässige Entschädigung zu erreichen.

Ebenso empfiehlt der Bericht, das ganze Gebiet des Unteren Atrato als Risikozone für Vertreibungen zu erklären, wodurch der Besitz der Bevölkerung (Land und Immobilien) geschützt und der weitere ungebremste Aufkauf von privaten Grundstücken verhindert werden kann. Zudem fordert der Bericht klar, dass die auch von gewissen Unternehmen geförderte Neubesiedlung durch ortsfremde Personen eingestellt wird, da dies die Rückkehr der ursprünglichen Bevölkerung erschweren könnte. Es sei hingegen wünschenswert, Grundstücke in anderen Zonen des Gebietes anzukaufen, um die jetzt unrechtmässig angesiedelten Personen korrekt umzusiedeln. Auch fordert der Bericht, dass mit der wirtschaftlichen und moralischen Wiedergutmachung der Schwarzen Gemeinschaften der Gemeinschaftsräte des Jiguamiandó und des Curvaradó begonnen werden müsse. Die Umweltbehörden werden aufgefordert, zu untersuchen, ob bei der Ausdehnung der Palmplantagen und bei der Erstellung der Infrastruktur die geltenden Umweltschutznormen eingehalten werden. Einer der schwierigsten Punkte ist die Frage, was mit den schon angelegten Palmplantagen geschehen soll. Diese sind sehr kapitalintensiv in der Anlegung und werfen erst nach einigen Jahren Erträge ab. Das INCODER empfiehlt deshalb, dass zwischen den Unternehmen und den Gemeinschaftsräten Assoziationsverträge abgeschlossen werden sollen, die eine gemeinsame und gerechte Nutzung dieser Plantagen ermöglichen, wie es auch im Gesetz Nr. 70 von 1993 als Möglichkeit vorgesehen ist.

Reaktion und Forderungen der Gemeinschaften

Die Gemeinschaften des Jiguamiandó und des Curvaradó begrüßen den Bericht, da er die groben Rechtsverletzungen und Menschenrechtsübergriffe im Zusammenhang mit der militärischen Absicherung des illegalen Palmanbaus klar festhält. Andererseits kritisieren sie aber einige der Empfehlungen des Berichtes, da er einige *faits accomplis* zuwenig berücksichtige und unter dem Mantel der Vermittlung das Recht auf Wahrheit, Gerechtigkeit und integrale Wiedergutmachung aberkenne. So ist im Bericht des INCODER bei aller Kritik an der heutigen Illegalität dieser Plantagen doch auch die Hoffnung zu spüren, die Afrokolumbianer vom Nutzen eines im gegenseitigen Einverständnis geförderten Palmanbaus überzeugen zu können. Ebenso nimmt der Bericht zuwenig Rücksicht auf die Empfindungen der afrokolumbianischen Gemeinschaften als Opfer jahrelanger schwerster Menschenrechtsverletzungen, wenn er vorschlägt, die Plantagen gemeinsam durch die heutigen unrechtmässigen Besitzer und die Gemeinschaften bewirtschaften zu lassen.

Die Gemeinschaften und die sie begleitenden NGOs verlangen deshalb den sofortigen Stopp des illegalen Palmanbaus und eine Intervention von Präsident Uribe gegenüber der 17. Brigade, um einerseits den neusten provisorischen Schutzmassnahmen Nachachtung zu verschaffen, die nach der Anhörung vom 12. bis 15. März 2005 von der Interamerikanischen Menschenrechtskommission der OAS verordnet wurden, und um das Überleben der afrokolumbianischen Gemeinschaften sicherzustellen. Die Gemeinschaften weisen in ihren jüngsten Berichten an die Öffentlichkeit darauf hin, dass der Palmanbau bis jetzt ungehindert weiter schreitet, weitere Hunderte Hektaren Wald gerodet wurden und es zeitgleich mit der Veröffentlichung des INCODER - Berichtes zu neuen militärischen Drohungen und Verleumdungen gekommen ist. So sei es klar, dass es einen Regierungsbeschluss gebe, die Legitimität der Friedensgemeinschaften in Frage zu stellen, die während acht Jahren geschaffenen humanitären Räume zu militarisieren und die Bevölkerung einer totalen Kontrolle zu unterwerfen. Zudem hätten verschiedene Bewohner unter dem Druck und den Drohungen der Paramilitärs ihr Land verkaufen müssen, um Platz zu machen z.B. für den Bau einer Strasse von Pavarandó nach Uradá. Nach Aussagen der betroffenen Gemeinschaften hat sich die Situation angesichts der sogenannten Friedensprozesse zwischen der Regierung und den paramilitärischen Gruppen noch verschlimmert. Im Namen des Friedens – oder besser der Befriedung – sollen die Opfer nun gezwungen werden, ihr Land, von dem sie vertrieben wurden oder auf dem sie eingeschlossen und belagert sind, mit den Tätern zu teilen. Tatsächlich hält auch der Bericht des INCODER fest, dass der Ausbau der Palmplantagen z.T. mit demobilisierten paramilitärischen Kämpfern und unter dem Stichwort „Erfolgreiche Unternehmer für den Frieden“ erfolgen soll.

Die Gemeinschaften gelangen in ihrem Aufruf Nr. 163 vom 26. April 2005 (DeVer 163, Continúa la destrucción del bosque) an solidarische Organisationen und Personen mit der Bitte, bei der kolumbianischen Regierung zu intervenieren. Die Regierung sei in der Verfügung vom 15. März 2005 von der Interamerikanischen Menschenrechtskommission erneut aufgefordert worden, humanitäre Hilfe zu leisten, Sicherheit für die Rückkehr der Vertriebenen zu garantieren und den Respekt der humanitären Zonen zu gewährleisten. Der kolumbianische Vizepräsident habe sich bei der dortigen Anhörung verpflichtet, das Problem des Palmanbaus in Kolumbien selbst zu lösen; eine Intervention der Menschenrechtskommission sei nicht notwendig. Die Regierung werde gegenüber den Unternehmen intervenieren und diese auffordern, den Palmanbau zu stoppen, und es würden Lösungsmechanismen gesucht. Trotz dieser Versprechen gehe die Abholzung jedoch tagtäglich weiter, ebenso die militärische und paramilitärische Kontrolle. Auch ein öffentliches Communiqué der staatlichen Ombudsstelle für Menschenrechte vom 8. April 2005, das den Stopp der Palmenpflanzungen fordere, sei aber folgenlos geblieben.